

INHALT

Literaturverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	14
Abbildungsverzeichnis	14
Vorwort	15

KAPITEL 1 ALLGEMEINES/GRUNDBEGRIFFE 17

A. Begriff des öffentlichen Dienstes	17
I. Öffentlich-rechtliche Einrichtungen	17
II. Angehörige des öffentlichen Dienstes	18
III. Öffentlicher Dienst im engeren Sinne	19
IV. Unterschiede Beamte und Beschäftigte	20
B. Historische Entwicklung des Beamtentums	21
I. Zeitalter des Absolutismus	21
II. Das 19. Jahrhundert (von der Aufklärung bis zum Kaiserreich)	22
III. Weimarer Zeit	23
IV. NS-Zeit	23
V. Nachkriegszeit	24
C. Rechtliche Grundlagen des Beamtenrechts	25
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	26
1. Institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums und Funktionsvorbehalt	26
2. Leistungsgrundsatz (Leistungsprinzip)	28
3. Gleichheitsgrundsatz	30
4. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums	31
a. Alimentationsprinzip	33
b. Treuepflicht	34
c. Fürsorgepflicht	34
d. Laufbahnprinzip	34
e. Leistungsgrundsatz (Leistungsprinzip)	35
f. Lebenszeitprinzip	35
g. Hauptberuflichkeit	36
h. Prinzip der amtsangemessenen Amtsbezeichnung	37
i. Koalitionsfreiheit und Streikverbot	37
II. Gesetzgebungskompetenzen und Föderalismus	39
III. Das Beamtenstatusgesetz	41
IV. Landesgesetzliche Regelungen	42
V. Das Beamtenrecht in der Rechtsordnung	43
VI. Ausblick auf das europäische Recht	43

D. Öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis (Begriff des Beamten und Wesen des Beamtenverhältnisses)	44
E. Der Amtsbegriff	45
I. Statusrechtlicher Amtsbegriff	45
II. Funktioneller Amtsbegriff	47
1. Abstrakt-funktionelles Amt	47
2. Konkret-funktionelles Amt	48
F. Laufbahn	48
I. Begriff	48
1. Fachrichtungen	49
2. Laufbahngruppen	49
II. Laufbahnbefähigung	51
1. Laufbahnbefähigung für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1	51
2. Laufbahnbefähigung für das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1	52
3. Laufbahnbefähigung für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 2	53
III. Anderer Bewerber	55
G. Unterscheidung der Beamten nach Dienstherrn	56
H. Oberste Dienstbehörde/Höherer Dienstvorgesetzter	57
I. Dienstvorgesetzter	57
J. Vorgesetzter	58

KAPITEL 2 DER BEAMTENRECHTLICHE WERDEGANG (ERNENNUNGSRECHT) 59

A. Allgemeines	59
I. Rechtscharakter der Ernennung	59
II. Anspruch auf Ernennung	60
III. Rückernennung	61
IV. Besoldungsdienstalter	61
V. Wirkung der Ernennung	62
VI. Stellenbesetzung	63
1. Stellenausschreibung	63
2. Anforderungsprofil	67
3. Auswahlverfahren	67
B. Arten des Beamtenverhältnisses	68
I. Beamtenverhältnis auf Widerruf	68
II. Beamtenverhältnis auf Probe	69
III. Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	70
IV. Beamtenverhältnis auf Zeit	70
V. Ehrenbeamtenverhältnis	71
VI. Doppelbeamtenverhältnis	72
C. Die Ernennungsfälle im Überblick	74
I. Formelle Ernennungsvoraussetzungen	75
1. Sachliche Zuständigkeit (einschl. Delegierungsmöglichkeit)/ Verweis auf anderweitiges Landesrecht	75
2. Örtliche Zuständigkeit	76
3. Verfahren	77
a. Beteiligungsrechte	77

aa.	Beteiligung des Personalrats	77
bb.	Andere Beteiligungsrechte	81
b.	Aushändigung der Ernennungsurkunde	83
c.	Adressat der Ernennung	84
4.	Form der Ernennung/Inhalt der Ernennungsurkunde	85
a.	Erkennbarkeit der Behörde	85
b.	Texterfordernisse	86
aa.	Begründung eines Beamtenverhältnisses – Einstellung	86
bb.	Umwandlung	86
cc.	Beförderung	87
dd.	Laufbahngruppenwechsel	87
c.	Unterschrift	88
d.	Erforderlichkeit des Ernennungsbegriffs	88
e.	Hinreichende Bestimmtheit des Regelungsadressaten	88
f.	Muster für Ernennungsurkunden	89
aa.	Allgemeines	89
bb.	Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf	89
cc.	Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe	89
dd.	Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Zeit	89
ee.	Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	90
ff.	Einstellung in das Ehrenbeamtenverhältnis	90
gg.	Umwandlung	90
hh.	Beförderung/Rückernennung	90
ii.	Laufbahnwechsel	91
jj.	Verleihung eines anderen Amtes mit anderem Endgrundgehalt unter Beibehaltung der Amtsbezeichnung	91
kk.	Verleihung eines anderen Amtes mit gleicher Amtsbezeichnung und Gewährung einer Amtszulage	91
ll.	Verleihung eines anderen Amtes mit anderem Endgrundgehalt und Gewährung einer Amtszulage	91
mm.	Verleihung eines Amtes mit leitender Funktion unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe	92
nn.	Verleihung eines Amtes mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	92
II.	Materielle Ernennungsvoraussetzungen	92
1.	Sachliche Ernennungsvoraussetzungen	93
a.	Dienstherrnfähigkeit	93
b.	Hoheitsrechtliche Aufgaben	93
c.	Haushaltsrechtliche Voraussetzungen/Stellenplan	94
2.	Persönliche Ernennungsvoraussetzungen	95
a.	Voraussetzungen für die Berufung in ein Beamtenverhältnis	96
aa.	Staatsangehörigkeit	96
bb.	Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung	98
cc.	Befähigung nach Landesrecht	98
b.	Höchstalter	100
c.	Bestenauslese	103
aa.	Eignung	105

bb. Befähigung	106
cc. Fachliche Leistung	107
d. Benachteiligungsverbote	108
aa. Geschlecht	109
bb. Behinderung	109
cc. Religion oder Weltanschauung	109
dd. Politische Anschauung	109
e. Einbeziehung von Hilfskriterien	110
f. Einstellung im Einstiegsamt (einschl. Ausnahmeregelungen)	111
g. Voraussetzung der Ernennung auf Lebenszeit/ Die beamtenrechtliche Probezeit	112
aa. Begriff	113
bb. Dauer	113
h. Allgemeine Beförderungsvoraussetzungen/-verbote	119
aa. Erprobungszeit	120
bb. Wartezeiten	121
cc. Verbot der Sprungbeförderung	121
dd. Besondere fakultative Beförderungsvoraussetzungen	122
3. Regelaufstieg (Vertikaler Laufbahnwechsel)	126
4. Praxisaufstieg (Vertikaler Laufbahnwechsel)	128
5. Ernennungsfehler und deren Rechtsfolgen	130
a. Nicht (Schein-)ernennung (Nichtakt)	130
b. Nichtigkeit	131
c. Rücknahme	134
6. Wirksamwerden von Ernennungen	137
7. Sonderfall des Politischen Beamten	138

KAPITEL 3 DER BEAMTE INNERHALB DES BINNENSYSTEMS VERWALTUNG 140

A. Wechsel des Dienstherrn bzw. Wechsel des Dienstpostens	141
I. Umsetzung	142
II. Versetzung	143
III. Abordnung	145
IV. Zuweisung	147
B. Horizontaler Laufbahnwechsel	148
C. Rechte	149
I. Geltung der Grundrechte im Beamtenverhältnis	150
II. Nichtvermögenswerte Rechte	151
1. Recht auf Ausübung einer Nebentätigkeit	152
2. Teilzeit	153
3. Mutterschutz und Elternzeit	153
4. Recht auf gewerkschaftliche Betätigung	153
III. Vermögenswerte Rechte	153
D. Pflichten	155
I. Allgemeine Dienstpflichten	156
1. Neutralitätspflicht	156
2. Pflicht zum gemeinwohlorientierten Handeln	157

3.	Verfassungstreuepflicht	157
4.	Pflicht zur Mäßigung bei politischer Betätigung	158
5.	Pflicht zum vollen persönlichen Einsatz	159
6.	Allgemeine Wohlverhaltenspflicht innerhalb und außerhalb des Dienstes	160
7.	Beratungs- und Gehorsamspflicht	162
8.	Pflicht zu rechtmäßigem Handeln/Remonstrationspflicht	162
II.	Besondere Dienstpflichten	163
1.	Diensteid	163
2.	Verschwiegenheitspflicht	163
3.	Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken	164
4.	Nebentätigkeitsbeschränkungen	165
5.	Weitere Pflichten	166
E.	Disziplinarrecht im Überblick	167
1.	Vorliegen eines Dienstvergehens	167
2.	Grundzüge des Disziplinarverfahrens in Niedersachsen	168
KAPITEL 4	BEENDIGUNG DES BEAMTENVERHÄLTNISES	170
A.	Entlassung	171
I.	Entlassung kraft Gesetzes, § 22 BeamtStG	171
1.	Verlust der Staatsangehörigkeit	172
2.	Erreichen der Altersgrenze	172
3.	Begründung eines öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses bei einem anderen Dienstherrn	173
4.	Berufung in ein Zeitbeamtenverhältnis bei demselben Dienstherrn	175
5.	Bei Beamten auf Widerruf mit Ablegen der den Vorbereitungsdienst abschließenden Prüfung	176
6.	Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Probe mit leitender Funktion	177
7.	Formelle Aspekte	178
II.	Entlassung durch Verwaltungsakt	179
1.	Verweigerung des Dienstweises	179
2.	Nichterfüllung der Wartezeit	180
3.	Entlassung wegen Dienstunfähigkeit	180
a.	Fallkonstellationen bei Dienstunfähigkeit	180
b.	Vorliegen der Dienstunfähigkeit	182
4.	Auf Antrag des Beamten	182
5.	Einstellung nach Erreichen der Altersgrenze	184
6.	Verlust der Deutscheigenschaft	184
7.	Weitere Entlassungsmöglichkeiten bei Beamten auf Probe	184
a.	Begehen eines Dienstvergehens	185
b.	Nichtbewährung in der Probezeit	186
c.	Organisatorische Veränderungen	191
d.	Politische Beamte	192
8.	Beamte auf Widerruf	192
9.	Entlassungsverfahren	193
a.	Zuständigkeit	193
b.	Verfahren	194

c. Form der Entlassung	195
d. Bestimmtheit	196
e. Frist	196
III. Rechtsfolgen der Entlassung	196
B. Inkompatibilität von Amt und Mandat	197
C. Verlust der Beamtenrechte	197
I. Verlust durch Urteil	198
II. Aberkennung öffentlicher Ämter gemäß § 24 Abs. 1 S. 2, 1. Alt. BeamStG	200
III. Verwirkung eines Grundrechts	200
IV. Wiederaufnahme nach § 24 Abs. 2 BeamStG	200
V. Beendigungsfolgen und Rechtsschutz	201
VI. Entfernung aus dem Beamtenverhältnis	201
D. Eintritt in den Ruhestand	202
I. Dauernder Ruhestand wegen Erreichen der Altersgrenze, § 25 BeamStG	202
II. Dauernder Ruhestand auf Antrag bei Erreichen der Antragsaltersgrenze	204
III. Einstweiliger Ruhestand	204
1. Umbildung oder Auflösung von Behörden	204
2. Politische Beamte	205
3. Rechtsfolgen	206
IV. Dauernder Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	206
1. Ärztlich nachgewiesene Dienstunfähigkeit	207
2. Vermutete Dienstunfähigkeit	208
3. Funktionelle Dienstunfähigkeit	208
4. Ruhestandsversetzungsverfahren	209
V. Teilweiser Ruhestand wegen begrenzter Dienstunfähigkeit	210
VI. Ruhestand des Beamten auf Probe	210
VII. Folgen	213
E. Muster von Urkunden über die Beendigung des Beamtenverhältnisses	213
KAPITEL 5	GESETZESSYNOPSE
	216
Stichwortverzeichnis	241